

## **Resolution des Integrationsrates**

Der Integrationsrat setzt sich ausdrücklich für das gleichberechtigte Miteinander und gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit und Angriffe auf die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ein. Keine Ideologie, keine Religion rechtfertigt oder legitimiert Extremismus, Terrorismus und Menschenrechtsverletzung und ist auf das Schärfste zu verurteilen und zu bekämpfen.

Der Integrationsrat bewertet die Durchführung des von „pro Köln“ organisierten „Anti-Islamisierungskongresses“, der am 20. September in Köln unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern zahlreicher europäischer Rechtsaußenparteien stattfinden soll, als Angriff auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die auch das Recht auf freie Religionsausübung schützt.

Mit großer Sorge nimmt der Integrationsrat diese Veranstaltung zur Kenntnis und ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich im Rahmen der jeweils eigenen Möglichkeiten gegen die von „pro Köln“ und anderen, teilweise als rechtsextrem eingestuftten Organisationen, verbreiteten demokratie-, ausländer-, und menschenfeindlichen Aussagen zu stellen.

Alle Menschen, egal welcher Konfession, Hautfarbe oder Nationalität, sind aufgerufen, gegen diesen „Anti-Islamisierungskongress“ und die damit verbundenen fremdenfeindlichen Aussagen Flagge zu zeigen. Sie sind aufgerufen, die vielen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen, die sich dagegen formieren, zu unterstützen.

Auch wenn diese Gesellschaft solche Formen von Auseinandersetzung führen und aushalten können muss, ohne Schaden zu nehmen, muss sie aber auch deutlich nach Außen zeigen, dass Demagogen, diese Veranstaltung, die dort verbreiteten Meinungen nicht repräsentativ für die Bevölkerung dieses Landes sind.

In einer globalisierten Welt, die immer mehr zusammen wächst und aufeinander angewiesen ist, darf die Spaltung der Gesellschaft nicht zugelassen werden.